

Auftrag Bigliel betreffend Digitalisierung Baubewilligungsverfahren

Wer einen Umbau plant, ist oft unsicher, ob eine Baubewilligung notwendig ist. Während grössere Projekte mit erheblichen Auswirkungen auf die Nutzungsordnung gemäss Art. 86 KRG grundsätzlich bewilligungspflichtig sind, müssen teilweise auch kleinere Bauvorhaben bei der zuständigen Gemeinde gemeldet und durch diese geprüft werden. So ist beispielsweise bereits der Neuanstrich einer Gebäudefassade bewilligungspflichtig, wenn der Anstrich nicht in derselben Farbe erfolgt. Somit ist eine Baubewilligung nicht nur bei grösseren Bauvorhaben, sondern bereits bei Nutzungsänderungen notwendig. Nichtsdestotrotz haben solche, teils kleine, Änderungen grössere Aufwendungen für die Baugesuchstellerinnen und Baugesuchsteller zur Folge. Denn: Unbewilligte Arbeiten müssen im schlimmsten Fall rückgängig gemacht werden, was auf Kosten der Gesuchstellerin und Gesuchsteller geschieht aber auch Aufwände aufseiten der Verwaltung verursacht, was zu Verzögerungen im Bewilligungsprozess führt.

Durch die Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens kann die Eingabe von neuen Vorhaben vereinfacht und für alle Beteiligten transparenter gestaltet werden. Weiter werden damit langfristig Kosten aufseiten der Gesuchstellerin und Gesuchsteller wie auch der Verwaltung gesenkt und eine effizientere Eingabe von neuen Vorhaben gefördert. Dies soll nicht zuletzt die Bautätigkeit vereinfachen und Bau- wie auch Verwaltungskosten senken.

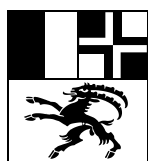
Der Kanton Bern hat das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach einem webbasierten System erkannt und plant Baubewilligungen ab 2020 nur noch elektronisch abzuwickeln. Dem geht eine im bernischen Grossen Rat einstimmig überwiesene Motion voraus. Laut Regierungsmitteilung vom 9. März 2018 lassen sich auf diese Weise jährlich 3,5 Millionen Franken einsparen. **Mit der Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens sollen die Prozesse in Zukunft schneller, wirtschaftlicher und ökologischer abgewickelt werden.** Im Kanton Zürich ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Das kantonale Projekt «eBaugesucheZH» soll ab 2019 das Baubewilligungsverfahren vereinfachen und dieses bürgerinnen-, bzw. bürgerfreundlicher machen. Grundlage ist eine zentrale elektronische Plattform, welche die bestehenden dezentralen Bauverwaltungsprogramme der Gemeinden anbindet und die Baugesuchsdaten über eine eigens aus diesem Projekt heraus entwickelte, standardisierte Schnittstelle (eCH-0211) austauscht. Die Gemeinden und der Kanton bleiben so autonom und können weiterhin ihre Bausoftware einsetzen.

Dieser Vorstoss reiht sich ein in die bestehenden Bemühungen des Auftrags Casanova-Maron (Domat/Ems) betreffend «Digitales Graubünden» ein, welcher die Digitalisierung als Werkzeug sieht, um Verwaltungsprozesse wirtschaftlicher sowie nutzerinnen- und nutzerfreundlicher zu gestalten.

Die Unterzeichnenden beauftragen die Regierung zu prüfen, wie das Baubewilligungsverfahren so weit als möglich digitalisiert werden kann, um die Aufwendungen für die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller wie auch die Verwaltung zu senken – insbesondere mit Blick auf die Lösungen, welche in den Kantonen Bern und Zürich aktuell erprobt werden.

Chur, 13. Februar 2019

Bigliel, Hohl, Rettich, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Berweger, Brandenburger, Brunold, Caluori, Cantieni, Caviezel (Chur), Caviezel (Davos Clavadel), Claus, Della Cà, Deplazes (Chur), Derungs, Dürler, Engler, Felix, Flütsch, Gasser, Gort, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Horrer, Kappeler, Kienz, Koch, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Kuoni, Locher Benguerel, Loepfe, Mittner, Müller (Felsberg), Niggli (Samedan), Perl, Pfäffli, Preisig, Rüegg, Rutishauser, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett (Breil), von Ballmoos, Weber, Weidmann, Wieland, Wilhelm, Holliger, Lunghi



Sitzung vom

16. April 2019

Mitgeteilt den

18. April 2019

Protokoll Nr.

248

Auftrag Bigliel

betreffend Digitalisierung Baubewilligungsverfahren

Antwort der Regierung

Gemäss Auftrag soll geprüft werden, wie das Baubewilligungsverfahren so weit als möglich digitalisiert werden kann. Dadurch soll der Aufwand sowohl für Gesuchstellende als auch für die Verwaltung gesenkt werden. Es wird im Auftrag Bezug genommen auf Lösungen, die derzeit in den Kantonen Bern und Zürich erprobt werden.

Jährlich werden in Graubünden bei den zuständigen kommunalen Baubehörden zwischen 12 000 und 17 000 Baugesuche für Bauvorhaben innerhalb der Bauzonen (BIB) eingereicht. Einige dieser BIB-Gesuche benötigen kantonale Zusatzbewilligungen, welche direkt von den zuständigen Stellen erteilt werden. Daneben werden bei den zuständigen kommunalen Baubehörden im langjährigen Durchschnitt rund 1200 Gesuche für Bauvorhaben ausserhalb der Bauzonen (BAB) eingereicht. Diese Baugesuche bedürfen nebst der kommunalen Baubewilligung einer BAB-Bewilligung seitens des Kantons sowie in der Regel auch Zusatzbewilligungen seitens anderer kantonalen Stellen, welche mit den BAB-Bewilligungen koordiniert eröffnet werden.

Die Regierung hat sich bereits in den Fragestunden der Dezembersession 2017 und der Februarsession 2019 zur Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens (eBBV) geäußert und dabei betont, dass das eBBV Bestandteil der E-Government-Strategie der Regierung bilde und entsprechend befürwortet werde. Eine dahingehende Möglichkeit fliesst auch aus Art. 92 Abs. 3^{bis} des soeben teilrevidierten kantonalen Raumplanungsgesetzes.

Allerdings ergibt sich aus den vorstehenden dargelegten Zusammenhängen und Zahlen, dass der Erfolg des eBBV-Projekts in entscheidendem Mass von dessen Akzeptanz bei den Gemeinden abhängen dürfte. Dies setzt einerseits eine gewisse Kompromissbereitschaft der Gemeinden etwa beim Baugesuchsformular voraus. Andererseits sind gut funktionierende Schnittstellen erforderlich, die einen reibungslosen Datenaustausch zwischen unterschiedlichen Systemen von Kanton und Gemeinden ermöglichen.

Eine kantonsinterne Arbeitsgruppe hat verschiedene Lösungen in anderen Kantonen gesichtet, unter anderem auch die Lösungen der Kantone Zürich und Bern. Zürich setzt auf eine zentrale Datendrehscheibe, welche die angeschlossenen Systeme über eine normierte Schnittstelle (eCH-0211) mit Meldungen und Informationen bedient. Bern hat mit der CAMAC-Lösung eine komplette eBBV-Plattform, welche den Baugesuchsprozess von der Eingabe über die Vernehmlassungsverfahren bis zum Bauentscheid abbildet. Auch Bern wird gezwungen sein, den Gemeinden zukünftig eine normierte Schnittstelle zu anderen Bauverwaltungsapplikationen als CAMAC zur Verfügung zu stellen. Beide Lösungen sind damit offen für die von den Gemeinden verwendeten Bauverwaltungsprogrammen. Damit entsprechen diese Lösungen im Grundsatz dem Ansatz, der auch in Graubünden verfolgt werden soll.

Die Anwendungen der Kantone Zürich und Bern gehen etwa Mitte 2019 online. Praktische Erfahrungen dazu gibt es noch nicht. Ein zentrales Erfolgselement wird sein, wie gut über die normierten Schnittstellen kommuniziert werden kann. Die Regierung will aus Gründen der Effizienz und der Kostenersparnis wenn möglich bestehende Lösungen adaptieren. Mit der Entwicklung und Ausschreibung eines Systems für Graubünden soll deshalb etwas zugewartet werden, bis Erfahrungswerte aus Zürich und Bern vorliegen. Hingegen können bereits jetzt die nötigen Vorarbeiten in Angriff genommen werden. Wie in der Fragestunde der Februarsession 2019 erwähnt, verfügen Zürich und Bern über einheitliche Baugesuchsformulare für den ganzen Kanton. Ein einheitliches Formular würde auch in Graubünden die Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens vereinfachen.

Unter Berücksichtigung der Entwicklung und der Erfahrungen in den Kantonen Zürich und Bern wird dann die kantonsinterne Arbeitsgruppe einen konkreten Projektauftrag zuhanden der Regierung ausarbeiten.

eBBV wird ein mehrjähriges Projekt mit einer Investitionssumme von über einer Million Franken sein. Ein solches Informatik-Projekt wird via Investitionskredit ins Budget aufgenommen, so dass letztlich der Grosse Rat mit dem Budgetbeschluss über die Einführung des eBBV in Graubünden befinden wird.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Bigliel concernent la digitalisaziun da las proceduras per la permissiun da construcziun

Tgi che planisescha ina midada da construcziun, è savens malsegir, sch'el dovra ina permissiun da construcziun. Entant ch'i dovra da princip ina permissiun da construcziun per projects pli gronds che han consequenzas sin l'urden d'utilisaziun tenor l'art. 86 LPTGR, ston per part er projects da construcziun pli pitschens vegnir annunziads a la vischnanca cumpetenta e laschads controllar da tala. Uschia dovra gia la nova pictura da la fatschada d'in edifizii ina permissiun, sch'ella vegn fatga en in'autra colur che quella vertenta. Uschia na dovri ina permissiun da construcziun betg mo en cas da projects da construcziun pli gronds, mabain gia en cas d'ina midada d'utilisaziun. Tuttina chaschunan talas midadas, per part pitschnas, blera lavur per la petenta u il petent d'ina permissiun da construcziun. Pertge che: lavurs betg permessas ston vegnir refatgas en il mender cas, e quai sin donn e cust da la petenta u dal petent. Quai chaschuna tut tenor er lavur da vart da l'administraziun e maina a retards en il process da permissiun.

Cun la digitalisaziun da la procedura per la permissiun da construcziun po l'inoltraziun da novs projects vegnir simplifitgada e rendida transparenta per tut las parts partecipadas. Plinavant vegnan uschia sbassads a lunga vista ils custs da vart da la petenta u dal petent sco er da l'administraziun e promovida ina inoltraziun pli efficazia da novs projects. Quai na duai betg sco ultim simplifitgar l'activitad da construcziun e reducir ils custs da construcziun sco er da l'administraziun.

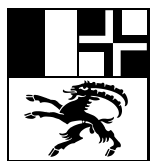
Il chantun Berna ha percurschì il basegn da las burgaisas e dals burgais per in sistem che sa basa sin l'internet e planisescha da liquidar permissiuns da construcziun a partir da l'onn 2020 mo pli sin via electronica. Quai è il resultat d'ina moziun ch'è vegnida acceptada unanimamain dal cussegl grond bernais. Tenor la communicaziun da la regenza dals 9 da mars 2018 sa laschan uschia spargnar 3,5 milliuns francs mintga onn. **Cun l'introducziun da la procedura electronica per la permissiun da construcziun duain ils process vegnir liquidads en l'avegnir en moda pli svelta, pli economica e pli ecologica.** En il chantun Turgovia pon ins observar in svilup sumegliant. A partir da l'onn 2019 duai il project chantunal «eBaugesucheZH» simplifitgar la procedura per la permissiun da construcziun e render quella pli cumadaivla per la burgaisa u il burgais. La basa è ina plattafurma electronica centrala che renda accessibels ils programs administrativs da construcziun decentralas da las vischnancas e che baratta las datas da las dumondas da construcziun sur ina interfatscha standardisada (eCH-0211) ch'è vegnida sviluppada aposta or da quest project. Las vischnancas ed il chantun restan uschia autonomas e pon lavurar vinavant cun lur programs administrativs da construcziun.

Questa intervenziun sa metta en retscha cun las stentas da l'incumbensa Casanova-Maron (Domat) concernent in "Grischun digital" che vesa la digitalisaziun sco instrument per concepì process administrativs en moda pli economica sco er pli cumadaivla per las utilisadras ed ils utilisaders.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenschan la regenza d'examinar, co che la procedura per la permissiun da construcziun possia vegnir digitalisada uschè ferm sco pussaivel per reducir la lavur ed ils custs tant per las petentas ed ils petents sco er per l'administraziun – en spezial cun observar las soluziuns che vegnan empruvadas actualmain en ils chantuns Berna e Turgovia.

Cuira, ils 13 da favrer 2019

Bigliel, Hohl, Rettich, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Berweger, Brandenburger, Brunold, Caluori, Cantieni, Caviezel (Cuira), Caviezel (Tavau Clavadel), Claus, Della Cà, Deplazes (Cuira), Derungs, Dürler, Engler, Felix, Flütsch, Gasser, Gort, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Horrer, Kappeler, Kienz, Koch, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Kunz (Cuira), Kuoni, Locher Benguerel, Loepfe, Mittner, Müller (Favugn), Niggli (Samedan), Perl, Pfäffli, Preisig, Rüegg, Rutishauser, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett (Breil), von Ballmoos, Weber, Weidmann, Wieland, Wilhelm, Holliger, Lunghi



Sesida dals

16 d'avrigl 2019

Communitgà ils

18 d'avrigl 2019

Protocol nr.

248

Incumbensa Bigliel

concernent la digitalisaziun da las proceduras per la permissiun da construcziun

Resposta da la regenza

Tenor l'incumbensa duai vegnir examinà co che la procedura per la permissiun da construcziun possia vegnir digitalisada uschè ferm sco pussaivel. Uschia duai vegnir reducida la lavur tant per las personas petentas sco er per l'administraziun. L'incumbensa sa referescha a soluziuns che vegnan examinadas actualmain en ils chantuns Berna e Turitg.

En il Grischun vegnan inoltradas a las autoritads da construcziun communalas minga onn tranter 12 000 e 17 000 dumondas per construcziuns entaifer las zonas da construcziun (EEZ). In pèr da questas dumondas EEZ dovran permissiuns supplementaras chantunalas che vegnan concedidas directamain dals posts cumpetents. Tenor la media da bliers onns vegnan ultra da quai inoltradas a las autoritads da construcziun communalas var 1200 dumondas da construcziun per construcziuns ordaifer las zonas da construcziun (EOZ). Questas dumondas da construcziun dovran – ultra da la permissiun da construcziun communalas – ina permissiun EOZ dal chantun sco er per regla anc permissiuns supplementaras d'auters uffizis chantunals che vegnan communitgadas en moda coordinada cun las permissiuns EOZ.

Gia en las uras da dumondas da la sessiun da december 2017 e da la sessiun da favrer 2019 è la regenza s'exprimida davart l'introducziun da la procedura electronica per la permissiun da construcziun (ePPC) ed ha punctuà en quest connex che la ePPC furmia ina part integrala da la strategia dad e-government da la regenza e vegnia beneventada correspondentamain. Ina pussaivladad en questa direcziun po er vegnir deducida da l'art. 92 al. 3^{bis} da la lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun ch'è gist vegnì revedì per part.

Però resulta dals connexs e da las cifras preschentadas qua survast ch'il success dal project ePPC dastgass depender decisivamain da l'acceptanza en las vischnancas. Quai premetta d'ina vart ina tscherta prontezza da las vischnancas da far cumpromiss, per exempel tar il formular per ina dumonda da construcziun. Da l'autra vart dovri interfatschas che funcziunan bain e che pussibiliteschan da barattar las datas senza problems tranter ils differents systems dal chantun e da las vischnancas.

Ina grupp da lavur interna dal chantun ha examinà differentas soluziuns en auters chantuns, tranter auter er las soluziuns dals chantuns Turtig e Berna. Turtig lavura cun ina plattafurma da datas centrala che furnescha las communicaziuns e las infurmaziuns als systems attatgads sur ina interfatscha normada (eCH-0211). Cun la soluziun CAMAC ha Berna ina plattafurma ePPC cumpletta che mussa il process da la dumonda da construcziun davent da l'inoltraziun sur la procedura da consultaziun fin a la decisiun. Er Berna vegn ad esser sfurzà da metter a disposiziun a las vischnancas en il futur ina interfatscha normada ad autras applicaziuns da l'administraziun da construcziun e betg mo a CAMAC. Tuttas duas soluziuns èn uschia avertas per ils programs per l'administraziun da las construcziuns che vegnan duvrads da las vischnancas. Cun quai correspundan questas soluziuns da princip al giavisch che duai vegnir persequità er en il Grischun.

Las applicaziuns dals chantuns Turtig e Berna vegnan messas online circa a partir da la mesadad da l'onn 2019. Experienceschas praticas en quest connex na datti anc naginas. In element central per il success vegn ad esser la dumonda, quant bain ch'i po vegnir communitgà sur las interfatschas normadas. Per motivs da l'effizienz e per spargnar custs vul la regenza adattar sche pussaivel soluziuns existentas. Pervia da quai vul ella anc spetgar in zic cun sviluppar e cun publitgar in sistem per il Grischun, fin che valurs d'experiencescha da Turtig e da Berna èn avant maun. Percunter pon las lavurs preparatoricas necessarias vegnir prendidas per mauns gia ussa. Sco menziunà en l'ura da dumondas da la sessiun da favrer 2019 existan a Turtig ed a Berna formulars per ina dumonda da construcziun ch'èn ils medems en tut il chantun. In formular unitar simplifitgass er en il Grischun la digitalisaziun da la procedura per la permissiun da construcziun.

Resguardond il svilup e las experienceschas dals chantuns Turtig e Berna vegn la grupp da lavur interna dal chantun alura ad elavurar ina incumbensa da project concreta per mauns da la regenza.

ePPC vegn ad esser in project da plirs onns cun ina summa d'investiziun da passa 1 milliun francs. In tal project d'informatica vegn integrà en il preventiv sur in credit d'investiziun, uschia ch'il cussegl grond vegn la finala a decider cun il conclus davart il preventiv, sche ePPC duai vegnir introducì en il Grischun u betg.

Sa basond sin questas consideraziuns propona la regenza al cussegl grond d'acceptar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

Incarico Bigliel concernente la digitalizzazione delle procedure per il rilascio della licenza edilizia

Chi progetta una trasformazione sovente non sa se sia necessaria una licenza edilizia. Mentre grandi progetti con conseguenze rilevanti sull'ordinamento di utilizzazione sono in linea di principio soggetti all'obbligo della licenza edilizia in conformità all'art. 86 LPTC, talora anche progetti di costruzione di dimensioni più piccole devono essere notificati al comune competente, che li deve esaminare. Ad esempio il nuovo tinteggio della facciata di un edificio è soggetto all'obbligo di licenza, se il tinteggio non viene effettuato nello stesso colore. Di conseguenza una licenza edilizia non è necessaria soltanto in caso di progetti di costruzione di grandi dimensioni, bensì già in caso di modifiche dell'utilizzazione. Ciononostante tali modifiche in parte piccole comportano oneri importanti per chi presenta la domanda di licenza edilizia. Infatti, in caso di lavori effettuati senza autorizzazione, nel peggiore dei casi deve essere ripristinato lo stato precedente, cosa che avviene a spese dei richiedenti ma causa oneri anche per l'amministrazione, provocando così ritardi nel processo di autorizzazione.

La digitalizzazione delle procedure per il rilascio della licenza edilizia permette di semplificare la presentazione di nuovi progetti e di organizzarla in modo più trasparente per tutti gli attori coinvolti. Inoltre in questo modo a lungo termine vengono ridotte le spese per i richiedenti e per l'amministrazione e viene promossa una presentazione più efficiente di nuovi progetti. Non da ultimo ciò dovrebbe semplificare l'attività edilizia e ridurre i costi amministrativi e di costruzione.

Il Cantone di Berna ha individuato l'esigenza dei cittadini di disporre di un sistema basato sul web e prevede che a partire dal 2020 le pratiche relative alle licenze edilizie vengano svolte esclusivamente in forma elettronica. Ciò è stato preceduto da una mozione accolta all'unanimità dal Gran Consiglio bernese. Stando al comunicato stampa del Governo del 9 marzo 2018, in questo modo è possibile risparmiare 3,5 milioni di franchi all'anno. **Con l'introduzione della procedura elettronica per il rilascio della licenza edilizia si prevede di svolgere in futuro i processi in modo più rapido, economico ed ecologico.** Nel Cantone di Zurigo si osserva un'evoluzione simile. A partire dal 2019 è previsto che il progetto cantonale «eBaugesucheZH» semplifichi la procedura per il rilascio della licenza edilizia, rendendola più semplice per il cittadino. La base è costituita da una piattaforma elettronica centralizzata che collega gli esistenti programmi decentralizzati di amministrazione delle costruzioni dei comuni, permettendo lo scambio dei dati relativi alle domande di costruzione mediante un'interfaccia standardizzata (eCH-0211) sviluppata appositamente sulla base di questo progetto. In questo modo i comuni e il Cantone rimangono autonomi e possono continuare a impiegare i propri software per le costruzioni.

Il presente intervento parlamentare si inserisce nell'ambito degli sforzi in corso in relazione all'incarico Casanova-Maron (Domat/Ems) concernente i «Grigioni digitali», che considera la digitalizzazione quale strumento per rendere i processi amministrativi più economici nonché più semplici per gli utenti.

Le firmatarie e i firmatari incaricano il Governo di esaminare come la procedura per il rilascio della licenza edilizia possa per quanto possibile essere digitalizzata al fine di ridurre gli oneri per i richiedenti e per l'amministrazione, in particolare tenendo d'occhio le soluzioni attualmente sperimentate nei Cantoni di Berna e di Zurigo.

Coira, 13 febbraio 2019

Bigliel, Hohl, Rettich, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Berweger, Brandenburger, Brunold, Caluori, Cantieni, Caviezel (Coira), Caviezel (Davos Clavadel), Claus, Della Cà, Deplazes (Coira), Derungs, Dürler, Engler, Felix, Flütsch, Gasser, Gort, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Horrer, Kappeler, Kienz, Koch, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Kunz (Coira), Kuoni, Locher Benguerel, Loepfe, Mittner, Müller (Felsberg), Niggli (Samedan), Perl, Pfäffli, Preisig, Rüegg, Rutishauser, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett (Breil), von Ballmoos, Weber, Weidmann, Wieland, Wilhelm, Holliger, Lunghi



Seduta del

16 aprile 2019

Comunicata il

18 aprile 2019

Protocollo n.

248

Incarico Bigliel

concernente la digitalizzazione delle procedure per il rilascio della licenza edilizia

Risposta del Governo

Stando a quanto richiesto nell'incarico, si dovrebbe esaminare come la procedura per il rilascio della licenza edilizia possa per quanto possibile essere digitalizzata. In questo modo si intende ridurre l'onere sia per i richiedenti, sia per l'Amministrazione. Nell'incarico si fa riferimento a soluzioni attualmente sperimentate nei Cantoni di Berna e di Zurigo.

Ogni anno nei Grigioni le autorità edilizie comunali competenti ricevono tra le 12 000 e le 17 000 domande di costruzione per progetti all'interno delle zone edificabili (EIZ). Alcune di queste domane EIZ necessitano di autorizzazioni supplementari cantonali che vengono rilasciate direttamente dai servizi competenti. Oltre a ciò, secondo la media pluriennale le autorità edilizie comunali competenti ricevono circa 1200 domande di costruzione per progetti fuori delle zone edificabili (EFZ). Queste domande di costruzione necessitano, oltre che della licenza edilizia comunale, di un permesso EFZ rilasciato dal Cantone nonché di norma anche di autorizzazioni supplementari rilasciate da altri servizi cantonali, che vengono coordinate con i permessi EFZ.

Il Governo si è espresso in merito all'introduzione della procedura elettronica per il rilascio della licenza edilizia già durante le ore delle domande della sessione di dicembre 2017 e della sessione di febbraio 2019, sottolineando che tale procedura elettronica costituirebbe parte integrante della propria strategia di e-government e che quindi sarebbe vista con favore. Una possibilità in tal senso risulta anche dall'art. 92 cpv. 3^{bis} della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni appena sottoposta a revisione parziale.

Tuttavia, dalle correlazioni e dalle cifre sopra esposte risulta che il successo del progetto di procedura elettronica per il rilascio della licenza edilizia dovrebbe dipendere in misura determinante dalla sua accettazione da parte dei comuni. Ciò presuppone una determinata disponibilità al compromesso da parte dei comuni, ad esempio in relazione al modulo per la domanda di costruzione. D'altro lato sono necessarie interfacce ben funzionanti, che permettano uno scambio di dati senza intoppi tra i differenti sistemi di Cantone e comuni.

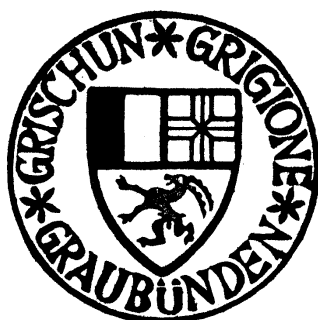
Un gruppo di lavoro interno al Cantone ha esaminato diverse soluzioni applicate in altri Cantoni, tra queste anche le soluzioni dei Cantoni di Zurigo e di Berna. Zurigo punta su una piattaforma dati centralizzata che fornisce notifiche e informazioni ai sistemi allacciati mediante un'interfaccia standardizzata (eCH-0211). Con la soluzione CAMAC, Berna dispone di una piattaforma elettronica completa per il rilascio della licenza edilizia che riproduce il processo di domanda di costruzione dalla presentazione della domanda fino alla decisione edilizia, passando dalla procedura di consultazione. Anche Berna non potrà fare a meno di mettere in futuro a disposizione dei comuni un'interfaccia standard verso altre applicazioni dell'amministrazione delle costruzioni diverse da CAMAC. Entrambe le soluzioni sono quindi aperte per i programmi di amministrazione delle costruzioni utilizzati dai comuni. Queste soluzioni corrispondono con ciò di principio all'approccio che si intende seguire anche nei Grigioni.

Le applicazioni dei Cantoni di Zurigo e di Berna saranno online circa a metà 2019. Non esistono ancora esperienze pratiche al riguardo. Un elemento fondamentale per il successo sarà la qualità della comunicazione tramite le interfacce standardizzate. Per ragioni di efficienza e di risparmio sui costi il Governo intende adattare se possibile soluzioni già esistenti. Prima di sviluppare e mettere a concorso un sistema per i Grigioni è perciò opportuno attendere un po', fino a quando saranno disponibili le esperienze di Zurigo e di Berna. Per contro è possibile avviare già ora i necessari lavori preliminari. Come menzionato nell'ora delle domande della sessione di febbraio 2019, Zurigo e Berna dispongono di moduli di domanda di costruzione uniformi per l'intero Cantone. Un modulo uniforme semplificherebbe la digitalizzazione della procedura per il rilascio della licenza edilizia anche nei Grigioni.

Tenendo conto degli sviluppi e delle esperienze nei Cantoni di Zurigo e di Berna, il gruppo di lavoro interno al Cantone elaborerà un incarico di progetto concreto a destinazione del Governo.

La procedura elettronica per il rilascio della licenza edilizia sarà un progetto di durata pluriennale con una somma di investimento superiore a un milione di franchi. Un tale progetto informatico viene inserito nel preventivo tramite un credito d'investimento, di modo che in fin dei conti sarà il Gran Consiglio, con la decisione sul preventivo, a stabilire se introdurre una procedura elettronica per il rilascio della licenza edilizia nei Grigioni.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin